

Stefan Vida, Tübingen

## Sozialgeschichtliche Untersuchungen zur ungarischen Volkserhebung 1956

Der Begriff Sozialgeschichte ist nach gegenwärtigem Verständnis kein Sonderbereich der allgemeinen, oder politischen Geschichte, vielmehr eine besondere Betrachtungsweise, die weniger auf das Geschehen an sich, als auf die Erkenntnis der ihr zugrunde liegenden gesellschaftlichen Probleme gerichtet ist. Wenn dem so ist, muß eine Volkserhebung in doppeltem Maße von sozialgeschichtlichem Interesse sein. Sie ist nämlich ein Ereignis, das infolge seiner Hintergründe, seines Ablaufs und seiner Auswirkungen, im wahrsten Sinne zur Gesellschaftshistorie gehört.

Sämtliche Aspekte einer umfassenden Untersuchung lassen sich kaum aufzählen. Dem Phänomen Revolution gegenübergestellt, müßte die Geschichtsforschung allen Fragestellungen der Ökonomie, Soziologie, wie auch der Anthropologie — zumal der Psychologischen, der Kultur- und Sozialanthropologie — nachgehen. Abgesehen davon, daß ein Unternehmen dieser Art den Rahmen einer Abhandlung sprengen würde, möchte ich das Thema eher pragmatisch behandeln — u. zw. *aus der Sicht des Arbeiters*, bzw. der Arbeiterbewegung. Zwei Gründe sprechen vornehmlich dafür. Einmal, daß diese höchst bedeutende Seite der ungarischen Volkserhebung 1956 bis jetzt nicht ausreichend herausgestellt wurde, zum anderen, daß der Verfasser seine Untersuchungen, wie auch das Reflektieren der Erlebnisse, an Ort und Stelle beginnen konnte. Es soll ihm nun erlaubt sein, die eigenen Aufzeichnungen als Leitfaden der folgenden Betrachtungen zu wählen.

### *Erfahrungen in einem Großbetrieb*

Um jene Zeit war ich also Arbeiter der GANZ-MÁVAG Lokomotiven- und Maschinenbaufabrik in Budapest, Kőbányastraße. Der Großbetrieb entstand aus der Fusion zweier mächtiger Fabriken, die noch im 19. Jahrhundert gegründet worden waren. Die Firmen hatten schon um die Jahrhundertwende einen guten internationalen Ruf, seit Anfang der zehner Jahre unseres Jahrhunderts wurden von hier Lokomotiven in das damalige Britische Empire exportiert, vorwiegend nach Indien und Südafrika. Nach dem 2. Weltkrieg wechselten die Auslandskunden. Der wichtigste wurde die Sowjetunion, später kamen noch China und das neue Indien dazu. Sie waren außer an Dampfmaschinen verschiedener Art, auch an Dieselkonstruktionen interessiert. Kein Wunder also, daß seit 1948, nach der Verstaatlichung der Industrie; solche Großbetriebe automatisch zum Prunkstück des »sozialistischen Aufbaues« deklariert wurden. Unsere Belegschaft, die sich auf 10.000 Arbeitnehmer belief, diente öfters als wirkungsvolle Kulisse für die Auftritte einzelner Mitglieder der kommunistischen Spitzenmannschaft. Jede Massenkundgebung bildete einen neuen Meilenstein auf dem Weg zur sog. Führungsrolle der Arbeiterklasse im sowieso vorhandenen sog. Arbeiterstaat.

Wir stehen nun also in der ersten Hälfte der 50-er Jahre und müssen feststellen, daß unser Leben im Betrieb nicht gerade prunkvoll aussah. Was war aus den großen Versprechungen von gestern geworden? Das System des ständigen sog. sozialistischen Arbeitswettbewerbes und die damit verbundenen Normenregelungen, bedeutete einfach: *immer mehr Leistung* für dieselbe Entlohnung. Beschwerden und Forderungen, ohnehin geräuschlos artikuliert, wurden von keinem »da oben« wahrgenommen. Nicht nur die Betriebe, auch die Gewerkschaften, samt allen Arbeitnehmern, wurden systemgerichtet zum »Nationaleigentum« gemacht und unter strikte Polizeiaufsicht gestellt.

Man erinnerte sich noch gut an die ersten Jahre nach dem Kriege, als die Interessenvertretung der Arbeiter groß geschrieben war. Schon in Februar 1945 erschien der Regierungserlaß über die Bildung von Betriebsausschüssen, die dann auch allerorts gewählt und dringlichst ausgebaut wurden. Sie beschäftigten sich mit sämtlichen Angelegenheiten des Arbeitsverhältnisses, dehnten aber auf Anregung der Kommunisten, in kürze, ihre Kompetenzen stufenweise auf nahezu alle Bereiche der privaten Unternehmensführung aus. Die damals noch frei gewählten Gewerkschaftsführer hatten auch wichtige politische Aufgaben zu erfüllen. Diese Partizipation »von unten« hörte aber mit der allgemeinen Verstaatlichung und der Einführung des kommunistischen Einparteiensystems im Jahre 1948 schlagartig auf. In der Praxis bedeutete das die Beseitigung und Einkerkierung von mehr als 4000 bewährten Gewerkschaftlern und Vertrauensleuten. Erst nach 6 Jahren wurden die meisten freigelassen. So wurden die Gewerkschaften gleichgeschaltet, und die Betriebsausschüsse in sie eingeschmolzen. Seitdem galt die Produktion, als militärischer Kampfprozeß. Das höchste Ziel hieß *Planerfüllung* als Weg zum Wohlstand. Was dem Einzelnen zusteht und unter welchen Bedingungen es erreicht werden kann, bestimmt Väterchen Partei, der einzig befugte Hüter von Arbeiterinteressen.

Auch in unserer Fabrik zeigten sich die Folgen dieser Entwicklung. Abhilfe für die sich steigernden Übel gab es nicht. *Arbeitsschutz und Betriebssicherheit wurden wenig beachtet*. Es gab ungemein viele Betriebsunfälle, sogar Heldentote der Arbeit, wie es einmal ein Stabsbürokrat formulierte. Man begegnete sog. Arbeitsschutz-Kontrolleuren, die ihre Aufgabe nicht mehr erfüllen konnten, ohne die Mißbilligung und Drohung von Parteifunktionären zu erleben, Zuviel an Gesetzlichkeit und Humanität störe die Produktion, sagten sie. Auch sollten dadurch leitende Genossen vor möglichen, unangenehmen Folgen der Versäumnisse befreit werden. Was die Schutzbekleidung betrifft, stand sie oft nur auf dem Papier. Um in den öligen, staubigen, verqualmten Werkstätten überhaupt arbeiten zu können, mußte auch z. B. ich meinen Arbeitsanzug in irgendeinem Laden selbst besorgen. Natürlich war die Rückerstattung der Auslagen praktisch ausgeschlossen. Es kam auch vor — höchst selten — daß schubweise Betriebskleidung verteilt wurde. Die Anzüge wurden dem Fußvolk wahllos zugeteilt. Wer kein Glück hatte, ging leer aus. Eine vorherige Aufnahme des Bedarfs nach Maß, wäre wahrscheinlich ein Verstoß gegen den Kollektivismus gewesen.

*Episoden aus dem Alltag*

Eines Tages bot sich mir die Gelegenheit mit dem zuständigen Chef über diese Dinge in ein Gespräch zu kommen. Ich fragte ihn, ob er nicht am Gruppenbild eines Bettlervereins interessiert wäre? Offensichtlich wußte er nichts mit meiner Frage anzufangen und grinste ergeben. — »Schauen Sie sich einmal während der Arbeitszeit die Gewänder jener Gruppe an, zu der ich auch gehöre« — sagte ich etwas ironisch—, »die meisten Kumpel haben ja seit Jahren keinen neuen Overall erhalten, obwohl ihnen das gesetzlich zugestanden hätte.« — Der Abteilungsleiter berief sich auf sog. *objektive Schwierigkeiten* — eine typisch systembedingte Sprachregelung für kritische Situationen allerdings — und schien sich ein wenig zu genieren. Es war für ihn ein völlig ungewöhnliches Gespräch. Infolge der Abgrenzung dieser straff hierarchischen Gesellschaft, konnte es nur deshalb zustande kommen, weil wir uns von früher kannten. Meine Formulierung »Bettlergruppe« bezeichnete er als illoyal und beendete das Gespräch mit folgenden Worten: »Sie wissen ja, das Fotografieren ist im ganzen Fabrikgelände sowieso verboten, — was soll's also?!« Sein Schlußwort war feuerfester »Humor« eines Lagerwärters.

Ein anderes Mal wollte ich ein Exemplar des sog. Kollektivvertrags einsehen. Das, abgekürzt »Der Kollektiv« genannte, Dokument enthält die Entlohnungsbestimmungen. Sie werden von Zeit zu Zeit in allen Industrie-, Bergwerks- und Handelszweigen von Staat und Gewerkschaft gemeinsam erlassen. Formell erinnert »Der Kollektiv« an die freiwirtschaftlichen Tarifverträge. Der grundsätzliche Unterschied besteht jedoch darin, daß in der Verwaltungswirtschaft kein Verhandeln zwischen »oben« und »unten« stattfindet. Die *Entlohnung* wurde seit der Machtübernahme der Kommunisten zur *Vertrauensfrage* gemacht: jeder Arbeitnehmer hat davon auszugehen und darf daran nicht zweifeln, daß die sog. Arbeitermacht nicht nur die höchstmöglichen Löhne verteilt, sondern auch sämtliche Staats- und Wirtschaftsangelegenheiten optimal regelt. Wer daran hörbar zu zweifeln wagt, setzt seine persönliche Freiheit aufs Spiel. Als ich mich bei meinen Berufsgenossen erkundigte, ob jemand mir ein Exemplar des »Kollektivs« zeigen könnte, erlebte ich staunende Gesichter. Dann erfuhr ich, daß der Text in einigen Büros der Werkführer und der Betriebsverwaltung zu finden sei, doch sei es besser nicht danach zu fragen. Man könnte meinen Wissensdurst mißdeuten, als mangelndes Vertrauen an die Obrigkeit verstehen, und sowieso kenne sich in den Satzungen kein Herrgott aus. Aber ich wagte es doch, blätterte die mehr als 100 Seiten starke Broschüre durch und gab auf. Ich konnte mich in den schillernden Rahmenbestimmungen und zahllosen Verweisen auf anderswo zu erforschende Paragraphen nicht zurechtfinden.

Das Grundproblem der Arbeiter war die Tatsache der *jämmerlichen Gehälter*. Zweimal im Monat wurde bezahlt, die eine Zahlung galt als Vorschuß, die andere enthielt die nachträgliche Abrechnung des Stücklohnes. An diesen Tagen ziehen die Kollegen zu einer benachbarten Trinkstube, dort folgt der tröstliche Rundtrunk, meistens nur eine einzige

Runde. Dann kommt wieder der magere Alltag: Schmalzbrot mit Milch oder Tee. In der Betriebsmensa zu essen schien vielen unrentabel zu sein. Später, am 1. November 1956 wurden diese Verhältnisse vom Generalsekretär der wiederauferstandenen Sozialdemokratischen Partei folgendermaßen beschrieben: »Nicht einmal der grausamste Kapitalist beutete euch so aus, wie es die Herren unseres Landes während der vergangenen 8 Jahre getan haben. Sie haben gelogen, wenn sie sagten, daß sie im Namen der Arbeiter regieren.«

Ideologische Thesen über »die führende Rolle« der Arbeiterklasse in unserem Lande, wagten die Redner in kleineren und größeren Versammlungen der Betriebsleiter, Gewerkschaft, oder Partei, schon seit Jahren nicht mehr zu wiederholen. Die Thematik des Marxismus-Leninismus war in die verschiedenen *Parteiseminare für Aufsteiger* verbannt worden. Bei den sog. Produktionsversammlungen wurden allemal Probleme des Arbeitswettbewerbs und der Erfüllung, womöglich Übererfüllung der Pläne, wie auch der Steigerung niedriger Produktivität vortragen. Es wurde innigst um Diskussionsbeiträge gebeten, doch herrschte meistens eine frostige Stille.

Wie stand es damals mit der Mitgliedschaft in den Einheitsorganisationen? Die sog. Partei der Ungarischen Arbeitenden (Magyar Dolgozók Pártja), d. h. der Kommunisten, hatte relativ viele Mitglieder unter den Arbeitern. Das resultierte aus der erzwungenen Fusion der ehemaligen Sozialdemokraten mit den Kommunisten im Jahre 1948. Eine Verweigerung, sich automatisch den Kommunisten anzuschließen, war nach den Massenverhaftungen von wertvollen Persönlichkeiten der Arbeiterbewegung, undenkbar. Später wieder auszutreten, wäre dasselbe Risiko gewesen. Wieviele Mitglieder die Einheitspartei in unserem Betrieb hatte, war nicht genau zu ermitteln. Die meisten *Arbeiter prahlten nicht mit ihrer Parteizugehörigkeit*, es wurde darüber kaum gesprochen. Sie mußten ihren Beitrag zahlen, nahmen gelegentlich an den Parteisitzungen teil und waren wenig aktiv. Die wenigen Aktivisten hatten ihre persönliche Motivation, meistens aus Berechnung oder Zwang bestehend. Die Arbeitsgenossen waren oft dankbar, daß es solche Eiferer gab, denn durch sie tröpfelten kleinere Erleichterungen, oder Begünstigungen in den öden Alltag hinein.

Der *Gewerkschaft* mußte jeder beitreten, das war ein ungeschriebenes Gesetz, obwohl sie sich mit den Beschwerden und Forderungen der Mitglieder kaum beschäftigte. Ihre Aufgabe war die Anregung zur Mehrleistung, die Kontrolle der Planerfüllung und das Organisieren des Arbeitswettbewerbs. Sie waren *Treiber ersten Ranges*. Aber ohne Gewerkschaftsausweis hatte man einfach keinen Zugang zu den Linderungsmitteln des Daseins. Etwa den bescheidenen, wenn auch unsicheren Prämien, den kleineren Hilfgeldern oder der Teilnahme an verbilligten Ferienaktionen, die im Durchschnitt jedem Zehnten aus den vorhandenen Mitteln ermöglicht werden konnten. Demzufolge empfand man keine Gemeinschaft mit den Gewerkschaften; ihre Funktionärskette galt als *Hilfsbehörde der Staatspartei*, die noch dazu aus den Kryptosteuerbeiträgen der Werktätigen erhalten wurde.

### *Am Vorabend der Volkserhebung*

Die Entfremdung kam nicht nur der Partei, dem Staat und der Gewerkschaft gegenüber zur Geltung, sondern unter den Leuten selbst. Aufrichtige, offene Äußerungen waren längst aus der Mode gekommen. Überall konnten Spitzel dabei sein, kritische Meinungen sollten besser unausgesprochen bleiben. Man lebte in einer depolitisierten, stumpfsinnigen, ja traurigen Atmosphäre. Die Menschen vegetierten, waren enttäuscht, verschlossen, apathisch.

Der größere Teil des Jahres 1956 war vorbei, aber die Lockerungen in gewissen Kreisen, die seit dem Frühjahr immer heftiger ausfallenden Diskussionen der Schriftsteller und Studenten fanden in den Betrieben kein hörbares Echo. Über die damaligen polnischen Ereignisse wurde zwar geredet, aber ohne Emotionen, mit kühler Zurückhaltung. Das konnte in einer stark gegliederten und geschlossenen Gesellschaft nicht anders sein. Die ersten Wellen der neuen Ära nach dem Tode Stalins, schlugen erst an jenem historischen 23. Oktober an das Ufer unseres Großbetriebs. Am Nachmittag sah ich da und dort kleinere Gruppenansammlungen, während ich dienstlich einige Werkhallen zu durchqueren hatte. Einige Flugblätter wanderten von Hand zu Hand, und es wurde interessiert darüber beraten. Ein außergewöhnlicher Umstand! In einer 16 Punkte umfassenden Resolution verlangt eine Versammlung der Technischen Universitätsangehörigen die volle Freiheit und Unabhängigkeit des ungarischen Volkes. Der Schriftstellerverband soll auch mitmachen und die Arbeiter sind aufgefordert an einem Umzug durch Budapest gleichfalls teilzunehmen. Angeblich — behaupten einige Kollegen im Gespräch — sei es schon soweit, daß viele Zehntausende dem Aufruf Folge leisteten.

Die ganze Sache schien für uns *unbegreiflich*. Wo waren schon die Zeiten der spontanen Kundgebungen? Was mochte wohl dahinter stehen? Es gab ja schon seit langem keine Privatdruckerei mehr. Welche staatliche Offizin konnte sich diesen Abdruck leisten? Und welche Polizeibehörde durfte den Umzug bewilligen? Was sollte das alles bedeuten und wer wollte wen von den rivalisierenden Häuptlingen hereinlegen? Achselzucken, vermehrte, wiederholte Fragen, doch keine Meinung wurde geäußert. Die Betriebsspannung bekam neue Dimensionen, wenn auch einstweilen nur im Innersten der Unterworfenen.

Was alles in der folgenden Nacht geschah, hätte sich niemand — nicht einmal im Fiebertraum — vorstellen können. Der sich bis 1953 kontinuierlich steigende *Terror hatte ja jede soziale Schicht gefesselt*. Eine makabre Szene bewies Anfang Oktober, also in jenen Tagen, daß sich auch heute noch im Grunde nichts geändert hatte. Ein vormaliger Kommunistenführer und Minister, *László Rajk*, schon vor einigen Jahren einem spektakulären Justizmord zum Opfer gefallen, wurde plötzlich rehabilitiert. Und was noch bedeutender ist, die Überreste dieses Mannes, samt den mit ihm Hingerichteten, wurden aus einer Ecke der Gefängnis-Nekropole geholt und im Rahmen eines feierlichen Staatsbegräbnisses erneut beerdigt. Man hielt große Reden, verteilte den hinterbliebenen

Familienmitgliedern stattliche Geldsummen, doch keiner von den Tätern, Mittätern und -helfern wurde bestraft. Ein Establishment, das sich solche frivole Zeremonien erlauben konnte, schien unerschütterlich zu sein. Die Zweifel der Leute waren verständlich, als sie sich über die Flugblätter beugten. Und doch kippte fast innerhalb von Stunden das Ganze um! Es fehlte eben die von den marxistischen Theoretikern so ersehnte »Massenloyalität« sie erwies sich vielmehr als ein *überreiferiger Desperatismus*.

### *Vom Aufstand zur Konsolidierung*

Vom Morgen des 24. Oktobers an standen alle Fabriken still. Straßenkämpfe tobten, der öffentliche Verkehr war außer Betrieb, der Staats- und Wirtschaftsapparat hörte auf zu funktionieren. Die Schornsteine der GANZ-MÁVAG rauchten nicht, denn die Heizer blieben fern! Es fehlten auch die Arbeiter, die Angestellten, und der ganze Führungsstab. Die Galerie der Direktoren, samt dem Generaldirektor, und der Partei- und Personalbosse, verlor sich für lange Wochen im Nebel. Einige Männer vom Bereitschaftsdienst und der Geländewache, ferner einzelne Mitglieder des technischen Urstammes, kamen aus Pflichtgefühl und Anhänglichkeit. Je ruhiger draußen die Straßen wurden, desto größer war die Zahl derer, die wissen wollten, wie es in der Fabrik aussah. Aus ihrer Mitte bildete sich am dritten Tag der Volkserhebung der provisorische *Arbeiterrat*. Doch der spontan entstandene Streik dauerte hier, wie im ganzen Lande an.

Nachdem die Abgesandten der Sowjets, Mikojan und Suslov, den Forderungen des ungarischen Volkes zugestimmt hatten, begann der Arbeiterrat mit der *Normalisierung* der Verhältnisse. Am wichtigsten war ihnen die Anerkennung seitens der nationalen Regierung und die Umwandlung der Gewerkschaften in freie, demokratische Organisationen. *Die Regierung Nagy* bestätigte alsbald die Arbeiterräte als leitende Organe der Betriebe, jedoch auf die Wende in der Gewerkschaftszentrale mußte man noch einige Tage warten. Endlich, am 31. Oktober bildete sich der »Revolutionsrat der Freien Ungarischen Gewerkschaften« anstelle des bisherigen totalitären Gremiums.

Schon am nächsten Tag trafen Vertreter der Arbeiterräte von 17 Budapester Großbetrieben — darunter auch der GANZ-MÁVAG — mit den neuen Gewerkschaftsführern und den Mitgliedern der Regierung zusammen. Sie stellten fest, daß die Hauptforderungen des ungarischen Volkes erfüllt worden waren und, daß die nationale Regierung garantiert hatte, in naher Zukunft freie und geheime Wahlen durchzuführen. Die Arbeiterräte übernahmen nämlich von Anfang an, außer der Verantwortung für die Betriebe, natürlich auch die *Vertretung der politischen Forderungen*. Dazu gehörten: Abzug der Sowjettruppen, freie Wahlen mit Mehrparteiensystem, Amnestie für die Freiheitskämpfer, Auflösung des allmächtigen Staatssicherheitsdienstes und Ähnliches, was echte Demokratie, oder die Unabhängigkeit des Landes erfordert. Infolge der Übereinstimmung wandten sich die Arbeiterräte der »17« in einem *Aufruf an alle Arbeiter, die Produktion wieder aufzunehmen*.

Mit diesem Aufruf begann nun die Phase der *Konsolidierung*. Die Arbeiter und Angestellten meldeten sich in begeisterter Stimmung. Am 1. und 2. November traf sich die überwältigende Mehrheit der Belegschaft an ihren Arbeitsplätzen. Auch die meisten Pendler — und sie bildeten eine breite Schicht — waren da. Das wiederum bedeutete, daß sich der Eisenbahnverkehr ziemlich normalisiert hatte. Wir waren also wieder beisammen, wegen des Schicksals der Fehlenden etwas besorgt, aber entspannt und zuversichtlich, wie nie zuvor. Alles um uns war noch immer unglaublich. Die Leute erzählten ihre Erlebnisse, doch wirkte das Trauma der vergangenen 8 Jahre noch immer nach. Niemand sprach über seine aktive Teilnahme an den Ereignissen, so als ob der Sieg dieser Volkserhebung nur durch Sympathisanten und Zuschauer errungen worden wäre. Das war verständlich, denn die Sowjetpanzer waren noch nicht außerhalb der Landesgrenzen, man sprach sogar von neuen, verdächtigen Truppenbewegungen.

Wenn auch vornehmlich die Augen und Gesichter sprachen, gab es doch auch einen verbalen *Konsens*. Betrachten wir, wie die Arbeiter reflektierten: Stalin-Rákosi-Gerő wurden verdammt. Imre Nagy und sein Einsatz für das Mehrparteiensystem wurde gebilligt. Die Kommunistische Partei braucht nicht zu verschwinden, aber man sollte sie abwählen dürfen. Die Intervention der Sowjets war keine Überraschung, vielmehr ihr Rückzug aus Budapest. Ohne den Kampf der Jugendlichen und Arbeiter, und ohne den Zusammenschluß von Armee, Polizei und Volk, wäre das nicht eingetroffen. Die gefallenen Freiheitskämpfer wurden als Nationalhelden angesehen. Viele waren dabei, als die Statue Stalins vernichtet wurde. Auch die Entfernung von Roten Sternen und anderen Symbolzeichen der Vergangenheit, überall in Stadt und Land, wurde ausführlich geschildert. Verachtend sprach man von den Blutbädern, die in vielen Ortschaften durch die Mitglieder des geheimen Staatsdienstes angerichtet wurden. Sie sollten ihre Bestrafung durch gerichtliche Verfahren erhalten, nicht niedergemetzelt werden, wie es mancherorts geschah. Man glaubte auch nicht daran, daß diese Aktionen spontan zustande kamen. Da waren eingesetzte Provokateure am Werk, um die Volkserhebung in aller Welt zu diskreditieren und den »Russen« Anlaß zu erneuter Einmischung zu geben.

Und wie stellten sich die Arbeiter ihre eigene Zukunft vor? Sie sollte grundsätzlich anders werden. Sie wollten an der Gestaltung der Dinge ohne fremde Bevormundung, teilnehmen. Vor allem wollten sie aber die Arbeit wieder aufnehmen, jetzt unter der Leitung ihrer wirklichen Vertrauensleute. In dieser Euphorie verschwanden sogar berechnete Haßgefühle. *Nichts von dem, was später, nach der Restauration des Zwangsystems, durch die sowjetische Propaganda verbreitet wurde, war existent.* Antisemitismus — Wiederaufbau des Horthy-Regimes — eine Rückkehr der ehemaligen Kapitalisten und Großgrundbesitzer — oder, daß die Volkserhebung das Werk westlicher Anstifter wäre. Solche und ähnliche Darstellungen waren erfunden! Die Wirklichkeit in diesen Tagen hieß dagegen: *rasche Konsolidierung*. Die Vorbereitungen überall im Lande, liefen auf Hochtouren, um am 5. November — dem kommenden

Montag — wieder mit der Produktion anfangen zu können. Es war rührend, mit welcher Tatenlust auch am Samstag, dem 3. November, zu später Stunde sich viele einsetzten. Niemand ahnte, was uns das Morgen-grauen des bevorstehenden Sonntags bringen würde.

### *Die Arbeiterbewegung und die Sowjetmacht*

Zum geplanten Termin konnte die Arbeit nicht aufgenommen werden. Panzer rollten, die Straßenkämpfe flammten wieder auf: die zweite sow-jetische Intervention ließ nicht lange auf sich warten. Nicht nur Wider-standskämpfer, auch harmlose Straßenpassanten wurden beschossen. Wir beerdigten die Toten, pflegten und bargen die Verwundeten. Die fried-liche Produktion wurde vereitelt, *die Konsolidierung zerschlagen*. In der Woche zwischen dem 4. und 11. November wurde der bewaffnete Wi-derstand gebrochen. Als wir im Laufe der nächsten Woche in unserem Betrieb Umschau halten wollten, wartete auf uns schon außerhalb der Anlage eine Überraschung. Entlang der Kőbányai Straße, den Fabrik-gebäuden parallel gegenüber, standen Dutzende von Sowjetpanzern. Die Geschützrohre waren auf unseren Betrieb gerichtet, an ihren Türmchen wehten rote Flaggen. Stumm marschierten wir vorbei, bis zum Haupttor. Nach der Überrumpelung nun auch noch dieser Empfang.

Völlig benommen von den sich überstürzenden Ereignissen, schlüpfte ich in meinen blauen Overall und will mich in den Werkhallen umsehen, wie — mit einiger Verspätung — die Produktion anläuft. Innerhalb des Geländes gibt es weder Panzer, noch Soldaten. In den Hallen und Höfen herrscht große Stille: kalt und trauervoll, fast feierlich, denn die Arbeiter stehen in ihrer Straßenkleidung herum. Sie besprechen die Lage mit ge-dämpften Stimmen, wie bei einer Beerdigung. Doch in der nächsten Werkhalle erlebe ich eine traumhafte Szene. Auf einem hohen Walzen-gerüst stehend, inmitten einiger Menschengruppen, hält ein Jungarbeiter eine Rede:

— »Habt ihr die Panzer vor der Fabrik gesehen? Solange die nicht von hier verschwinden, gibt es keine Arbeit!«

Zustimmung. Dann ein Zwischenruf:

— »Und die müssen nicht nur von hier, sondern aus dem ganzen Lande verschwinden. Erst danach wird gearbeitet!«

Stürmischer Aufschrei und Applaus.

Ich überlege mir folgendes: Diese Menschen wissen nicht, was morgen auf sie zukommt, wie es mit der Existenz weitergeht, doch das ist jetzt uninteressant für sie. Erst wenn die Sowjetarmee nachhause marschiert ist, *erst dann ziehen sie sich um*. So, in ihrer Straßenkleidung, ohne Waffen und ohne Geld, von der ganzen Welt verlassen, bieten sie dem Arsenal einer Großmacht die Stirn.

Während des Vormittags wurden alle, die von der Belegschaft anwesend waren, vom provisorischen Arbeiterrat zu einer Versammlung gerufen. *Die neue Lage* wurde erläutert. »Die Besatzungsmacht« — sagte der Sprecher des Arbeiterrats — »und die von ihr eingesetzte neue Re-

gierung hat die Arbeiterräte anerkannt. In kürze soll eine Verordnung erscheinen, die über die Kompetenzen und das Wahlverfahren bestimmen wird. In Zukunft werden die Direktoren nicht »von oben« ernannt, sondern von der Belegschaft, bzw. ihren Vertretern gewählt.« Nach dem optimistischen Referat meldeten sich mehrere Zuhörer zu Wort und stellten die Frage, wann *der Abzug der Sowjetarmee* stattfinde. Solange dieser Punkt der Tagesordnung nicht erledigt war, waren andere Probleme nicht aktuell.

Der Sprecher des Arbeiterrats antwortete darauf, indem er Folgendes berichtete: »Heute früh besuchte uns der Befehlshaber der Panzerkolonne, die vor dem Betriebsgelände stationiert ist, in Begleitung anderer Offiziere, und erkundigte sich, warum in der Fabrik nicht gearbeitet wird? Wir antworteten dasselbe, was jetzt eure Wortführer erklärt haben. Die Offiziere erwiderten, ihre Armee befinde sich ausschließlich deshalb im Lande, um die Arbeiterinteressen zu schützen. Nun erkundigten wir uns, *wer sie denn gerufen hätte?* Die legitime Regierung habe ja, auch in unserem Namen, Einspruch gegen den Angriff sowjetischer Truppen erhoben. Dazu wieder die Offiziere: sie seien von der neuen Regierung gerufen worden, die jetzt das Volk vertritt. Hierauf versicherten wir ihnen, daß diese »importierte« Regierung weder den Auftrag, noch das Vertrauen des Volkes genieße, mithin es auch nicht vertrete. Die Sowjetmilitärs hörten sich die Argumente an und versprachen, weitere Informationen einzuholen. Doch sollten wir uns auch *noch besser informieren lassen* — sagten sie zuletzt und verabschiedeten sich mit der Mitteilung, *die Panzer bleiben im Interesse der öffentlichen Ordnung vor dem Gelände stehen.*«

Die Teilnehmer der Versammlung hörten ruhig zu, dann meldeten sich wieder mehrere zu Wort und bekräftigten ihren Standpunkt: solange die Luft »dick« bleibt, gibt es keine Arbeit. Der Sprecher des Arbeiterrats resümierte ergriffen: »Wir müssen leider zur Kenntnis nehmen, daß die ungarische *Volkserhebung in Blut erstickt* wurde. Dabei haben auch die Westmächte assistiert. Wir dürfen nicht Wahnbildern nachjagen, wir müssen retten, was noch zu retten ist! Den Arbeitnehmern im Betrieb und in der Wirtschaft mehr Einfluß sichern, der Nation Unabhängigkeit nach außen und Freiheit nach innen erkämpfen, soviel wie nur möglich.«

Spontan erklang die Nationalhymne, wie immer in diesen Tagen und Wochen. — Wir erleben jetzt nochmals *eine historische Wende* — dachte ich mir. Die Arbeiterschaft übernimmt nun die Repräsentanz des gesamten Volkes, ja der Nation. Sie erkennt, daß Klasse und Nation untrennbar voneinander sind. Und sie spürt, daß im Augenblick nur sie in der Lage ist, für das Ganze einzutreten.

*Retten also, was noch zu retten ist!*

Am 14. November bildete sich der »Zentrale Budapester Arbeiterrat« aus Delegierten der hauptstädtischen Arbeiterräte. Verhandlungen mit der Regierung Kádár und der Sowjetkommandantur werden aufge-

nommen. Die während der Volkserhebung entstandene Gewerkschaftsleitung des Landes hielt noch zum Volk, stand aber »von oben« unter starkem Druck. Die Leute kamen täglich in die Fabrik, um sich zu orientieren und zu beraten. An einen Status Ungarns, wie ihn Finnland hatte, wollte man gern glauben. (In den Tagen zwischen Ende Oktober und Anfang November war noch Österreich das Vorbild.) Nicht wenige meinten, wir müßten uns mit einem Nationalkommunismus jugoslawischer Art begnügen. Die oberste Bedingung war nach wie vor der Rückzug der Sowjets. Hatte das doch am Tage der zweiten Intervention selbst der neue Mann Moskaus, Kádár, ganz eindeutig versprochen und seitdem auch öfters wiederholt... Vielleicht könnte das beschleunigt werden — so spekulierte man —, wenn die Arbeiterräte die Produktion sichern, und in der Staatsmacht die Vertrauensleute des Kremls im Sattel sitzen würden. Nur die Reihenfolge war zu diskutieren: Solle man zuerst den Rückzug der Truppen abwarten, oder gleich durch Arbeitsaufnahme Vertrauen schaffen? Am besten wäre es die beiden Vorgänge koordiniert, stufenweise durchzuführen. Diesen Plan verfolgten auch die Vertreter der Arbeiter bei ihren Verhandlungen mit den Unterhändlern Moskaus. *Doch alles war schon apriori von der Besatzungsmacht anders beschlossen worden!*

### *Militärisch gesiegt — ideologisch geschlagen*

Inzwischen verschwanden die Panzer vor unserem Gelände. Es wurde beschlossen, an die Arbeit zu gehen und einen abwartenden Standpunkt einzunehmen. Am 20. November erschien ein Erlaß über — leider begrenzte — Zuständigkeiten und das Wahlverfahren der Arbeiterräte. Wir wählten unverzüglich unsere Vertrauensleute. Es waren überwiegend dieselben Personen, die schon im provisorischen Rat saßen. Die Nominierung, Abstimmung und Auszählung gingen rein demokratisch vonstatten. *Niemals waren Wahlen in der Geschichte der Ungarischen Volksdemokratie so korrekt durchgeführt worden, wie damals. Diese Gremien galten eigentlich als die einzige beglaubigte Volksvertretung.* Um ihren Rahmen zu erweitern, wurden am 21. November Delegierte aus dem ganzen Lande zu einer Großversammlung nach Budapest einberufen. Hier sollte ein Zentraler Landesarbeiterrat gewählt werden, der geplante Ablauf wurde aber von sowjetischen Panzern verhindert. Am folgenden Tag wurde Imre Nagy, der von der Volkserhebung bestätigte Ministerpräsident verhaftet — ebenfalls durch die Sowjets. Die Reaktion des Volkes im ganzen Lande hieß: Generalstreik für 48 Stunden.

In der GANZ-MÁVAG, wie auch in allen anderen Betrieben, entschied die Belegschaft in *geheimer Abstimmung über den Streik*. Von den mehr als 6000 Anwesenden stimmten nur 18 dagegen. Obwohl alle erbittert waren, herrschte Besonnenheit. Keine Bemerkung, kein Schimpfwort über das Häuflein der Andersdenkenden war zu hören. Die Fairness der Volkserhebung war auch in den jetzt immer kritischer werdenden Tagen erhalten geblieben. Denn immer mehr Kollegen merkten, daß die

Versprechungen und Verhandlungen, *ein vorgespielder Dialog* zwischen »unten« und »oben«, nur Maschen der Unterwerfung waren. Trotzdem wollten sie sich nicht restlos zähmen lassen. Für Moskau und seine internationale Position — so dachten sie — konnte es ja nicht gleichgültig sein, wie die gesamte Arbeiterschaft einer seiner Kolonien entscheiden würde.

Der Streik brachte nichts ein. Imre Nagy und seine Mitarbeiter wurden nicht freigelassen. Über den Abzug der Sowjets durfte kein Wort mehr fallen. Freiheitskämpfer wurden verhaftet, verschleppt und hingerichtet, trotz Amnestie-Beteuerungen. Die Arbeiterräte kämpften aber weiter. Bei eingeschränkten Befugnissen, nahmen sie doch ihren politischen Auftrag vollständig wahr. Der »Zentrale Budapester Arbeiterrat« bewegte sogar den Gewerkschaftsbund, sofort die früher versprochenen freien Wahlen durchzuführen. Diese nicht nachlassenden Selbstbestimmungsbestrebungen »von unten« gefielen den Machhabern überhaupt nicht. Sie wollten ihnen ein Ende bereiten und so wurden zwischen dem 5. und 8. Dezember 200 führende Personen der Arbeiterräte kurzerhand *verhaftet*, darunter auch unser Vorsitzender. Am nächsten Tag konferierten Delegierte aus dem ganzen Lande über die Ereignisse in Budapest. Sie protestierten schärfstens gegen die gesetzwidrigen Vorgänge. Daraufhin ordnete die Kádár-Regierung die *Auflösung aller regionalen Arbeiterräte* an. Der Vorsitzende und der Sekretär des Budapester Arbeiterrats wurden noch zu Verhandlungen im Parlament eingeladen, dort aber — bezeichnend für die Methoden der Sowjetherrschaft — sofort *verhaftet*.

Trotz des vom Regime verhängten Ausnahmezustandes, folgte ein landesweiter Generalstreik, abermals für 48 Stunden, aus Protest »gegen die volks- und arbeiterfeindliche Tätigkeit« der Machthaber, wie es in der Resolution hieß. Die Antwort »von oben« war: Einführung der *Todesstrafe für Streik*, wie auch für sog. Anstiftung zum Streik. Somit war die Zeit der umfassenden Schlachten beendet. »Tote hatte es schon genug gegeben« — so dachten die geschlagenen Legionen und ließen sich ins alte Joch spannen. Nach Wochen von Freud und Leid folgte wieder das Schweigen. Wir erfuhren, daß in vielen Industriezentren die Arbeiter erneut sogar zu den Waffen gegriffen hatten, worauf die *Sowjettruppen etliche Betriebe besetzten* oder umzingelten. Bei uns wurde in den Werkhallen wieder gearbeitet. Ein Teil der Leute fiel in eine Depression, andere wendeten sich fast manisch der Arbeit zu, als Therapie gegen den Kummer.

Was war mit dem verhafteten Vorsitzenden unseres Arbeiterrates geschehen? — nicht einmal diese Frage wagte man zu stellen. Ein Symptom für das Ausmaß der *Einschüchterung*. Die früheren Parteiaktivisten, die in den glanzvollen Tagen der Volksbefreiung umgeschwenkt hatten, schwiegen auch. Die Partei brauchte sie nicht wieder, sie suchte sowieso neue Gesichter, um sich *optisch* von der Vergangenheit zu distanzieren. Einstweilen meldete sich aber kein neues Mitglied. Jeder kehrte den Kommunisten den Rücken. Doch ließen die neu aufgetauchten Macher nicht locker: sie schmeichelten, drohten und argumentierten. Es kam

vor, daß Kollegen auswürfelten, wer von ihnen eintreten mußte. Man würde wieder »Blitzableiter nach oben« brauchen, wie früher. Auch solche gab es, die sich in eine Karriere stürzen wollten. *Wenn schon die gemeinsame Sache scheitern mußte, kochte man sein eigenes Süppchen.* Dieser individualistische Bazillus verbreitete sich allmählich und führte in späteren Zeiten zum allbekanntem, würdelosen »Gulaschkommunismus«.

Die lokalen Nachhutgefechte hörten aber noch nicht auf. Anfang Januar folgten neuerlich Massenverhaftungen, worauf der Gesamtarbeiterrat des großen Industriezentrums Csepel, sich aus Protest freiwillig auflöste. *Die Reste der Arbeiterräte* wurden stufenweise ohnedies »von oben« beseitigt, bis endlich am 30. September 1957 alle Arbeiterräte auch gesetzlich aufgelöst wurden. Das sei vollständigkeitshalber zur Chronik dieser Institution hinzugefügt, und nun möchte ich zu den wichtigsten *Schlußfolgerungen* kommen.

Die Arbeiterschaft nahm an der Vorbereitung der ungarischen Volks-erhebung nicht teil, schloß sich aber spontan den Ereignissen an. Sie machte alle Phasen mit: von der Kundgebung bis zum Aufstand, vom Aufstand bis zur Volksbefreiung, durch massenhaftes Auftreten, durch Streiks und durch Beteiligung am bewaffneten Kampf. *Eine entscheidende Rolle* spielte jedoch die Arbeiterschaft im Normalisierungs-, Stabilisierungs- und *Konsolidierungsprozeß* des Landes nach dem Sieg der Volks-erhebung. *Die zweite sowjetische Intervention zerstörte in Ungarn eine neue Ordnung, welche Moskau gegenüber keine Feindschaft, sondern nur ihre Unabhängigkeit anstrebte.* An dem bewaffneten Widerstand gegen diesen Überfall hatten in den Industriezentren die Arbeiter den Löwenanteil. Nach der Niederwerfung kämpften sie geschlossen für die höchstmögliche Erhaltung der Errungenschaften der Volks-erhebung. Sie *übernahmen durch ihre Arbeiterräte die politische Vertretung des ganzen Volkes.* Zur sozialökonomischen Entfaltung und Überprüfung der Arbeiterselbstverwaltung bot sich, infolge der Umstände, keine Gelegenheit. Die Vorgänge machen deutlich, daß *die Arbeiterschaft ideologisch sich schon lange vor der Volks-erhebung vom Marxismus-Leninismus abgewandt hatte*, d. h. diejenigen Schichten, welche überhaupt jemals daran geglaubt hatten.

Zum Schluß meiner Untersuchungen möchte ich einen Satz von Prof. Georg Stadtmüller zitieren: »Die ungarische Revolution hat vor aller Welt gezeigt, daß kein totalitäres System den angeborenen Drang des Menschen nach Freiheit 'liquidieren' und auf die Dauer unterdrücken kann«. Zu dieser anthropologischen Aussage soll auch noch eine *sozial-geschichtliche* hinzugefügt werden: Bei den Ereignissen vor fast 30 Jahren manifestierte sich, daß die »PAX SOVJETICA« wahrhaftig eine Mißgeburt der Sozial- und Arbeiterbewegung ist.

*Literatur*

- Csonka, Emil: Die ungarische Revolution 1956. Stuttgart 1981.
- Király, Ernő: Die Arbeiterselbstverwaltung in Ungarn. München 1961.
- Stadtmüller, Georg: Die ideologische Diskussion der ungarischen Revolution von 1956, in: Ungarn zehn Jahre danach 1956—1966. Hrsg. Frauendienst, Werner, Mainz 1966. S. 227—284.
- Vida, István: A magyar munkásvilág 1956-ban [Die ungarische Arbeiterwelt in 1956], in: Új Látóhatár, 27(1976), S. 291—300.
- Was in Ungarn geschah: Der Untersuchungsbericht der Vereinten Nationen. Freiburg i. Br. 1957.